Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5732

09. 10. 96

Antrag

der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Ernst Bahr, Wolfgang Behrendt, Hans Berger, Tilo Braune, Dr. Eberhard Brecht, Hans Martin Bury, Christel Deichmann, Peter Enders, Iris Follak, Anke Fuchs (Köln), Katrin Fuchs (Verl), Iris Gleicke, Hans-Joachim Hacker, Manfred Hampel, Christel Hanewinckel, Rolf Hempelmann, Uwe Hiksch, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Ingrid Holzhüter, Wolfgang Ilte, Renate Jäger, Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Sigrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Thomas Krüger, Dr. Uwe Küster, Konrad Kunick, Christine Kurzhals, Werner Labsch, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Winfried Mante, Dorle Marx, Christoph Matschie, Markus Meckel, Herbert Meißner, Siegmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Gerhard Neumann (Gotha), Manfred Opel, Albrecht Papenroth, Herrmann Rappe (Hildesheim), Renate Rennebach, Dr. Edelbert Richter, Siegfried Scheffler, Horst Schild, Dr. Emil Schnell, Gisela Schröter, Dr. Matthias Schubert, Richard Schuhmann (Delitzsch), Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Jörg-Otto Spiller, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Thierse, Siegfried Vergin, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Gunter Weißgerber, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Eine Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Krise in Ostdeutschland abwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung ist immer noch nicht bereit, ein ungeschöntes, wirklichkeitsnahes Bild der sozialen und wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern vorzulegen. Zum Schaden der neuen Bundesländer verharmlost sie die Probleme und trägt durch ihre Politik wesentlich zur Verschärfung der Krise bei. Vor allem geht die Bundesregierung über die schwerwiegenden Probleme auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt leichtfertig hinweg. Seit Monaten werden die Menschen in den neuen Ländern von der konfusen Diskussion über die geplanten drastischen Kürzungen bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und den Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen verunsichert.

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland steht im Jahre 1996 an einer entscheidenden Weichenstellung. Die wirtschaftliche Aufholjagd der neuen Länder gegenüber den alten Bundesländern und anderen Mitgliedsländern der EU ist heute praktisch zum Erliegen gekommen. Das Wirtschaftswachstum in Ostdeutschland ist regelrecht abgestürzt – von 9,5 % im vierten Quartal des Jahres 1994 auf minus 1,4 %

im ersten Quartal 1996. Im ersten Halbjahr 1996 ist die Wirtschaft in Ostdeutschland nicht schneller gewachsen als in Westdeutschland. Für 1997 drohen den neuen Ländern sogar geringere Wachstumsraten als in Westdeutschland. Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft nimmt gegenüber der westdeutschen wieder ab. Die ohnehin viel zu geringe Zahl der Arbeitsplätze ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum rückläufig, das Beschäftigungsniveau erreicht bereits die Tiefstwerte des Jahres 1993, die Arbeitslosigkeit nimmt auch saisonbereinigt deutlich zu.

Nach wie vor kann in Ostdeutschland weder von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung noch von einer funktionierenden Marktwirtschaft gesprochen werden. Die Unternehmen haben im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft die Gewinnschwelle noch nicht überschritten, die Eigenmittelausstattung ist bedrohlich gering, es fehlt immer noch ein überregional wettbewerbsfähiges Angebot an Waren und Dienstleistungen, das Bruttoanlagevermögen pro Kopf der Erwerbstätigen ist erst halb so groß wie das in Westdeutschland, die ostdeutsche Produktivität liegt gerade einmal bei gut 54 % des westdeutschen Niveaus, es fehlen noch ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und den produktionsnahen Dienstleistungen.

In dieser gefährlichen wirtschaftlichen und sozialen Lage

- untergräbt die Bundesregierung die solidarische Finanzierung des wirtschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland,
- kürzt die Bundesregierung die investiven Ausgaben im Bundeshaushalt,
- streicht die Bundesregierung die steuerliche Investitionsförderung zusammen,
- höhlt die Bundesregierung die arbeitsmarktpolitischen Hilfen aus und vermehrt damit direkt die Zahl der Arbeitslosen.

Die Politik der Bundesregierung, die nach ihren Worten für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen soll, wird vor allem in Ostdeutschland das genaue Gegenteil bewirken: Es wird in den nächsten Jahren weniger Wachstum geben als in den Jahren zuvor, es wird noch weniger Beschäftigung geben.

Notwendig ist dagegen eine Politik, die die Schaffung von produktiven wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik verbindet, die die Arbeitsmotivation der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen stärkt, ihre Qualifikationen erhält, notwendige Nachqualifizierungen ermöglicht und vor allem den jungen Menschen eine zukunftsorientierte Berufsausbildung sichert.

Es ist baldmöglichst erforderlich, die Investitionsförderung, insbesondere auch die steuerliche Investitionsförderung für Ostdeutschland einschließlich Berlins, in einem mittelfristig angelegten Programm auf der Basis der Förderanstrengungen des Jahres 1996 festzuschreiben und über das Jahr 1998 hinaus zu verlängern. Es ist unverantwortlich, mögliche Investoren über

die weitere Ausgestaltung der steuerlichen Rahmenbedingungen im Unklaren zu lassen, zumal eine völlig chaotische steuerpolitische Diskussion in den Reihen der die Bundesregierung tragenden Parteien zusätzlich zu Verwirrung und Attentismus führt.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. auf die geplanten Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Hilfen für Ostdeutschland zu verzichten;

2. zusammen mit den ostdeutschen Ländern sicherzustellen, daß jeder Jugendliche, der eine qualifizierte Berufsausbildung wünscht, auch tatsächlichen einen Ausbildungsplatz erhält;

3. die Finanzierungsmodalitäten des „Altschulden-Kompromisses" vom 2. Oktober 1996 sind so zu regeln, daß es zu einem gerechten und fairen Interessenausgleich zwischen Bund und neuen Ländern kommt. Die hälftige Übernahme der Annuitäten durch die neuen Länder ist nicht gerechtfertigt;

4. eine 15%ige Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen im industriellen Sektor bis Ende 1998 einzuführen, die danach bis Ende des Jahres 2001 degressiv verlängert wird. Für das mittelständische verarbeitende Gewerbe ist eine Investitionszulage mit einem Fördersatz von 20 % vorzusehen. Gleichzeitig soll der Förderzeitraum auf Ende des Jahres 2001 erweitert werden;

5. unverzüglich den bislang zurückbehaltenen Teilbetrag des DDR-Parteivermögens in Höhe von 250 Mio. DM freizugeben und an den Konsolidierungsfonds der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und der neuen Bundesländer auszuzahlen. Nach den Erfahrungen der vergangenen Monate ist die Verwaltung des Vermögens der DDR-Parteien und der DDR-Massenorganisationen der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderausgaben zu entziehen und den neuen Ländern zuzuweisen;

6. einen Beschäftigungspakt für Ostdeutschland zu ermöglichen.

   Der Konfrontationskurs der Bundesregierung gegenüber den Gewerkschaften und den Ländern, insbesondere auch den neuen Bundesländern, muß beendet werden. Bund, Länder und Gemeinden, Arbeitgeber und Gewerkschaften sind aufgerufen, einen Beschäftigungspakt für Ostdeutschland zu schließen. Notwendig ist eine abgestimmte Strategie für mehr Arbeit, die an vier Ebenen ansetzt:

   a) Neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik

      Das von der SPD vorgeschlagene Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) wird auch für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland die Grundlage bilden.

   b) Neue Beschäftigungsmöglichkeiten durch flexiblere Arbeitszeiten

Die Arbeitszeitpolitik muß eine stärkere Rolle bei der Verbesserung der Arbeitsmarktlage in den neuen Ländern spielen. Sie muß flexibler und gerechter organisiert werden, z. B. durch vermehrte Angebote von Teilzeitarbeit.

c) Mehr Arbeit durch beschäftigungsorientierte Tarifpolitik schaffen – die Tarifautonomie sichern

Der Staat muß die Tarifparteien dabei unterstützen, auch weiterhin in den Tarifverträgen differenzierte und flexible Vereinbarungen zu treffen. Ziel ist es, die Entwicklung der Arbeitskosten und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen.

d) Den Verteilungskampf durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen entschärfen

Die Ertragsschwäche der ostdeutschen Unternehmen begründet die Notwendigkeit weiterer öffentlicher Hilfen, die in Zukunft jedoch einer stärkeren einkommenspolitischen Flankierung bedürfen. So sollte durch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen der Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital konstruktiv entschärft werden. Angesichts der massiven öffentlichen Investitionsförderung kann es nicht länger hingenommen werden, daß sich das wachsende Produktivvermögen ausschließlich in der Hand der Kapitalgeber konzentriert, während Arbeitnehmer leer ausgehen. Der wirtschaftliche Aufbau in Ostdeutschland muß zu einer neuen Initiative zur Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand genutzt werden. So sollte die Gewährung von staatlichen Subventionen an Unternehmen grundsätzlich an die Bildung von Produktivvermögensfonds der Arbeitnehmer geknüpft werden.

7. Eine Destabilisierung der ostdeutschen Agrarstrukturen zu verhindern

Der Versuch der Koalition, die gesamten Vermögensauseinandersetzungen in der ostdeutschen Landwirtschaft durch die Novelle zum Landwirtschaftsanpassungsgesetz noch einmal neu aufzurollen, muß beendet werden. Dieser Gesetzentwurf hätte die Lähmung der ostdeutschen Landwirtschaft in den nächsten Jahren zur Folge. Eine solche Destabilisierung, die vor allem die erreichten außergerichtlichen Vereinbarungen und gerichtlichen Vergleiche bei den Vermögensauseinandersetzungen zunichte machen würden, muß verhindert werden.

Bonn, den 9. Oktober 1996

Rolf Schwanitz
Ernst Bahr
Wolfgang Behrendt
Hans Berger
Tilo Braune
Dr. Eberhard Brecht
Hans Martin Bury
Christel Deichmann

Peter Enders
Iris Follak
Anke Fuchs (Köln)
Katrin Fuchs (Verl)
Iris Gleicke
Hans-Joachim Hacker
Manfred Hampel
Christel Hanewinckel
Rolf Hempelmann
Uwe Hiksch
Stephan Hilsberg
Jelena Hoffmann (Chemnitz)
Ingrid Holzhüter
Wolfgang Ilte
Renate Jäger
Dr. Uwe Jens
Volker Jung (Düsseldorf)
Sabine Kaspereit
Sigrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Thomas Krüger
Dr. Uwe Küster
Konrad Kunick
Christine Kurzhals
Werner Labsch
Dr. Christine Lucyga
Dieter Maaß (Herne)
Winfried Mante
Dorle Marx
Christoph Matschie
Markus Meckel
Herbert Meißner
Siegmar Mosdorf
Christian Müller (Zittau)
Gerhard Neumann (Gotha)
Manfred Opel
Albrecht Papenroth
Hermann Rappe (Hildesheim)
Renate Rennebach
Dr. Edelbert Richter
Siegfried Scheffler
Horst Schild
Dr. Emil Schnell
Gisela Schröter
Dr. Matthias Schubert
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Brigitte Schulte (Hameln)
Ilse Schumann
Ernst Schwanhold
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
Wieland Sorge
Dr. Dietrich Sperling
Jörg-Otto Spiller
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Dr. Gerald Thalheim
Wolfgang Thierse
Siegfried Vergin
Wolfgang Weiermann
Reinhard Weis (Stendal)
Gunter Weißgerber
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333